

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Druckort: Tagesblatt Riesa.  
General Nr. 20.

Postfachamt: Leipzig 21006.  
Stroße Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 93.

Donnerstag, 24. April 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postschalter vierteljährlich 4.20 Mark, monatlich 1.40 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr Vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundzeile (7 Zeilen) 25 Pf., Preis für 20 Pf. getrauben- und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. feste Tarife. Vermittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierteljährliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Söhnel, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Griechkartenausgabe.

Die Ausgabe der Griechkartenausgabe für  
a) Schwangere vom Anfang des 9. Schwangerschaftsmon.,  
b) stillende Mütter bzw. Wöchnerinnen  
erfolgt nach Vorlegung entsprechender Bescheinigung der Hebamme bzw. des Arztes  
Dienstag, den 20. April 1919, nachmittags 2-4 Uhr  
im Rathaus, Lebensmittelkartenzentrale, Zimmer 13.  
Die bisher abgelaufenen Kartenausgaben sind bei der Entnahme der neuen Griechkartenausgabe unbedingt mitzubringen. Bei späterer Abholung sind 50 Pf. Gebühren für besondere Abfertigung zu entrichten.  
Der Rat der Stadt Riesa, am 24. April 1919.

Von den Sonnabenden den 26. ds. Mts. hier eintreffenden Formationen der 2. Grenzschutz-Brigade suchen einige 50 Offiziere Wohnung und Unterkommen in der Stadt Riesa. Wir richten hiermit an diejenigen Einwohner von Riesa, welche gelassen sind, Zimmer von ihren Wohnungen diesen Herren zu überlassen, die Bitte, umgehend und bis spätestens Sonnabend vormittags in unserem Quartieramt ihre Bereitwilligkeit zu erklären, daß sie Offizieren Wohnung gewähren wollen.  
Der Rat der Stadt Riesa, am 24. April 1919.

## Untersuchung von Auslandsspeck betr.

Zur Untersuchung von Auslandsspeck finden Trichinenschauer der näheren Umgebung von Riesa in den nächsten Tagen Beschäftigung. In Nicht befindliche Trichinenschauer, die sich an der Ausübung der Trichinenschau beteiligen wollen, werden ersucht, sich

Sonnabend, den 26. April, vormittags 8 Uhr, am Lagerhaus der Großhandels-Gesellschaft zu Gröba (Seifenfabrik) mit Mikroskop und anderen Utensilien einzufinden.  
Riesa, am 24. April 1919.  
Die Verkaufsstelle für Auslandsfleisch in Riesa-Gröba  
Schlachthofdirektor Wehner.

## Volkschule Gröba.

Die Aufnahme der schulpflichtigen Kinder findet Montag, den 28. April, nachmittags 2 Uhr in der Turnhalle statt.

## Fortbildungsschule Gröba.

Die Aufnahme der jungen Leute, welche die Fortbildungsschule Gröba besuchen wollen, findet Dienstag, den 29. April, nachmittags 5 Uhr im Zimmer 26 statt. Beizubringen ist das Entlassungsurteil von denjenigen Schülern, die bisher eine auswärtige Fortbildungsschule besucht oder Ötern 1919 aus der Volkschule entlassen worden sind. Eltern, Lehrherren und Arbeitgeber werden gebeten, diese Bekanntmachung den ihnen unterstellten fortbildungsschulpflichtigen Leuten mitzuteilen.

Oeffentliche Gemeinderatssitzung Freitag, den 25. April, abends 8 Uhr im Gasthof Walthers. Tagesordnung hängt aus.  
Weißa, am 24. April 1919.

Der Gemeindevorstand.

Nachdem die Ergebnisse der diesjährigen Einkommen- und Ergänzungsteuerberechnung bekannt gemacht worden sind, werden nach § 46 Abs. 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 und § 28 Abs. 2 des Ergänzungsteuergesetzes vom 2. Juli 1902 die Beitragspflichtigen, denen die Steuerzettel nicht behändigt werden konnten, aufgefordert, sich bei der Ortsbehörde zu melden.  
Baberzen und Weißa, am 23. April 1919. Die Gemeindevorstände.

## Die Antwort auf die deutsche Note.

Der Divisiongeneral Rudant, Vorsitzender der französischen interalliierten Waffenstillstandskommission, hat an den Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission folgende Note überliefert:

Der Marschall-Oberbefehlshaber der alliierten Armeen telegraphiert am 23. April unter der Nummer 2093:

Wollen Sie die folgende Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen der deutschen Regierung übermitteln:

1. Die deutschen Delegierten können abreisen, wenn sie hierzu bereit sind. Die deutsche Regierung wird gebeten, den Termin ihrer Abreise so schnell wie möglich bekanntzugeben. Ihre Reise im alliierten Gebiet wird so geregelt, daß sie abends in Versailles ankommen, um in Ruhe sich einzurichten zu können.

2. Die deutschen Delegierten werden jede Bewegungsfreiheit zur Erfüllung ihrer Mission haben. Ebenso haben sie völlige Freiheit für telegraphische und telephonische Verbindung mit ihrer Regierung.

3. Die deutschen Delegierten können schon jetzt ihre Dreimonatige Kommission nach Versailles senden, um ihre Unterbringung vorzubereiten. Dem „Allgem. Handelsbl.“ wird aus London gemeldet, daß der Sach in Lord Georges Unterhausrede, alle Versicherungen der Regierung sind in den Forderungen der Alliierten, die Deutschland vorgelegt werden, verkörpert, von den Anglobillittern zu der Forderung ausgedeutet werde, daß die deutschen Friedensdelegierten unterzeichnen oder nicht unterzeichnen müßten und daß man mit ihnen nicht verhandeln wolle. Die liberale „Westminster Gazette“ schreibt im Wesentlichen dazu: Die Forderung, daß die Deutschen Bevollmächtigte entsenden, schließt in sich, daß diese das Recht haben werden, mit den Alliierten zu verhandeln. Wenn ein diktierter Frieden, der die Deutschen zu unterzeichnenden Automaten mache, würde eine gute Entschuldigung sein, um wieder die Gültigkeit des Vertrages abzuwickeln. Die Alliierten müßten überlegen, nicht was sie augenblicklich einem geschlagenen und erschöpften Feinde auferlegen könnten, sondern was sie in 20 oder 30 Jahren erlangen könnten, wenn die große Bevölkerung Deutschlands ihren Einfluß in der Welt wiedergewonnen habe, was unvermeidlich sei.

„Agence Havas“ meldet aus Paris: Der Reichspräsident Ebert gewährte am Donnerstag einem Vertreter des „Temps“ eine Unterredung, in der er sagte: Die innere Lage Deutschlands hängt wie abträglich in allen Ländern von der allgemeinen Weltlage ab. Die inneren Verhältnisse Deutschlands seien solidarisch mit denen aller Länder der Welt. Die allgemeine Erkenntnis dieser Solidarität sei die beste Gewähr für den Weltfrieden. Der ungeheuerliche vor dem Krieg von einem englischen Blatte aufgestellte Satz, daß der wirtschaftliche Ruin Deutschlands eine Vereinerung Englands bedeute, stelle in der neuen sozialistischen Welt einen erschreckenden Wahnsinn dar. Dem französischen Reichspräsidenten, auf Frankreich, daß es sich dem Gedanken der Solidarität der gesamten menschlichen Arbeit nicht verschließen werde. Gewinne dieser Gedanken in Frankreich die Oberhand, dann werde es auch zu guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern kommen. Deutschland sei bereit, diesen Gedanken zur Tat werden zu lassen und Frankreich sogar indirekt zu helfen, die durch die Schrecken des Krieges verursachten Schäden wieder gut zu machen. Es wäre vorteilhafter, wenn diese Arbeit an hohen Deutschlands durch Freiwillige geleistet würde, als durch Massen von vertriebenen deutschen Kriegsgefangenen. Präsident Ebert protestierte dann gegen die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen in einem Augenblick, in dem die Versöhnung eingeleitet werden solle. Die Schaffung eines reinlich-wirtschaftlichen Vorkriegszustandes könne er nicht als Gewähr für den künftigen Frieden oder für künftige gute Beziehungen zu Frankreich betrachten. Die Rücksicht auf die wahren Interessen ihres Landes werde hoffentlich die französischen Staatsmänner hindern, von Deutschland die Unterzeichnung unter einen Vertrag zu verlangen, der im Gegensatz zu den wahren Interessen Frankreichs stehe.

Dem „Allg. Handelsbl.“ zufolge, hatte der Pariser Ver-

treter der „Daily Mail“ eine Unterredung mit Marshall Foch, in der dieser erklärte, der Frieden muß ein Friede der Sieger und nicht der Besiegten sein. Jetzt, wo wir einmal den Rhein erreicht haben, müssen wir auch am Rheine bleiben. Zum Schluß erklärte Foch, der Volkswille sei eine Krankheit, die nur besiegte Länder befallt. Siegreiche Nationen, wie die französische, würden frei davon bleiben. — Wie das „Allgem. Handelsbl.“ meldet, hat die französische Regierung die Veröffentlichung dieser Unterredung in den französischen Blättern untersagt.

Es wird berichtet, daß Wilson auf eine Anfrage über seine Haltung gegenüber dem geplanten Verteilungsabkommen zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten erwiderte, er würde nichts unternehmen, was den Völkern und Gebieten schaden könnte oder mit den Grundprinzipien im Widerspruch stehe. — Dem „Allgem. Handelsbl.“ wird aus Paris gemeldet, daß Präsident Wilson keinesfalls vor Ende Mai nach Amerika zurückkehren werde.

Der Vertreter des „Exchange Telegraph-Company“ meldet, daß sich nach den Berichten aus Moskau Tschickerin im Namen der bolschewistischen Regierung bereit erklärt hat, den finanziellen Verpflichtungen der früheren Regierung im Auslande nachzukommen, falls die Alliierten die bolschewistische Regierung anerkennen.

## Die Friedensbedingungen.

Das „Journal de Genéve“ gibt nach den bisherigen Pariser Meldungen und nach seinen privaten Informationen eine Zusammenfassung der Friedensbedingungen. Danach handelt es sich in großen Zügen um folgenden Inhalt des vorläufigen Friedensvertrages:

1. In territorialer Hinsicht: Deutschland verliert Elsaß-Lothringen, Polen in den ungefähren Grenzen von 1772, vergrößert durch polnische Distrikte in Oberschlesien, Nordschleswig nach den Grenzen, wie sie durch die Volksabstimmung festzustellen sein werden. Danzig und das Saargebiet werden unter internationale Kontrolle gestellt und wenigstens für das Saargebiet wird eine Volksabstimmung nach fünfzehn Jahren vorgesehen.

2. In militärischer Hinsicht: Die Unterhaltung eines Volksheeres wird Deutschland untersagt. Die Stärke seiner Truppen und deren Bewaffnung wird einer Kontrolle unterworfen und ihre Zahl scheint auf 100 000 Mann festgesetzt zu sein. Ueber Flotte und Flugwesen ist nichts Genaueres bekannt. Deutschland wird keine Militärmacht auf dem linken Rheinufer unterhalten dürfen und ebensoviele auf einer fünfzig Kilometer breiten Zone auf dem rechten Rheinufer. Militärverweise sind ähnliche Bestimmungen aus der Obergrenze zum Schutze Polens beschlossen. Ostpreußen wird der Besatzung ausgesetzt, da die künftigen Schutzwälle gegen die Angriffe des Meeres gestrichelt werden müssen.

3. In ökonomischer Hinsicht: Deutschland zahlt 125 Milliarden innerhalb von fünfzig Jahren nebst Zinsen. Von der Anfangszahlung von 25 Milliarden erhält Belgien 15 Milliarden und Frankreich 5% Milliarden. Frankreich erhält außerdem als Entschädigung für seine zerstörten Kohlengruben das unbeschränkte Eigentumsrecht der Saargebiete, so daß Deutschland, wenn nach fünfzehn Jahren das Saargebiet für Deutschland erklären sollte, diese Gruben zurückkaufen muß.

4. Deutschland verliert seine Kolonien, die an den Völkern und übergeben werden, und seine Ueberschulden, deren Ausnutzung die Alliierten sich vorbehalten.

## Die französischen Gewerkschaften gegen den Weltfrieden.

Die „Confédération Generale du Travail“ erläßt folgenden Aufruf:

„An die öffentliche Meinung! An die Arbeiter! Vom August 1914 an bis zum November 1918 hat man uns gesagt und wiederholt, wir führen einen Krieg des Rechts. Diese Versicherung schloß in sich, daß der Friede den Völkern das Recht der Selbstbestimmung bringen und daß er auf der allgemeinen Abstraktion beruhen würde, der einzigen Wahnsinn, welche die Liquidation der Kriegsschulden möglich machen könnte.“

Denn bricht man mit diesem feierlich abgegebenen Versprechen. Unsere Diplomaten legen uns das Projekt einer „Liga der Nationen“ vor, die nicht die „Gesellschaft der Nationen“ ist, wie sie die 14 Punkte des Präsidenten Wilson vor-

geschmet hatten. Diese 14 Punkte haben die Völker der ganzen Welt in ihrem Durst nach Gerechtigkeit mit Beifall begrüßt. Wir haben sie zu den unseren gemacht!

Die französische Arbeiterklasse, getreu ihrer Lösung, „Krieg dem Kriege!“ erhebt sich gegen diese Sabotage des Friedens. Die Völker können nicht am Ende des Krieges, die dazu verurteilt sein, kein anderes Ziel zu haben, als die Bezahlung von Steuern, die dazu bestimmt sind, die Nahrungsbedürfnisse in Gleichgewicht zu bringen.

Auch die C. G. T. verdammt die Außenpolitik der Blockade, der politischen Zwangsmaßnahmen und bewaffneten Intervention. Sie ruft die Erinnerung wach an die Formel der französischen Revolution: „Jede Nation hat allein das Recht, sich Weisheit zu geben, das unveräußerliche Recht, sie zu ändern; einem fremden Volke mit Gewalt dieses Recht rauben wollen, heißt zum Feinde des Menschengebietes werden.“

Die C. G. T. widersetzt sich nachdrücklich einer Expedition nach Rußland, einem verbündeten Land, dem niemals eine amtliche Kriegserklärung ausgestellt worden ist. Die Verletzung dieser Interventionspolitik macht aus Frankreich die Schutzmacht der Privilegien und reaktionären Einrichtungen in allen Ländern. In dieser demütigenden, ja entehrenden Rolle kann sich die Arbeiterklasse, kann sich das französische Volk nicht hergeben.

Die Freiheit der Meinung und des Denkens, die zur Grundlage der Erklärung der Menschenrechte geworden ist, läßt die C. G. T. an die öffentliche Meinung, an das Gewissen der Gewerkschaftsverbände appellieren, um gegen diesen Stand der Dinge tatkräftig aufzutreten.

Die C. G. T. verdammt jede Fortsetzung des Krieges und fordert gebieterisch den Abbruch des wahren Friedens, dem alle Völker zustimmen können.

## Die Unzufriedenen in Paris.

Die imperialistische Presse Italiens erlebt wenig erfreuliche Tage. Sie muß nicht nur das Wachsen der revolutionären Stimmung im Lande verzeichnen, sondern auch, was ihr schwerer wird, das Schwimmen der Hoffnungen auf die unbeschränkte Herrschaft über die Adria. In den Geheimverträgen mit England und Frankreich war diese neben reicher Beute in Kleinasien zugesichert. Deshalb konnte sich Italien mit so wilder Begeisterung in den Kampf für das Recht stürzen, da der Lohn so unermeßlich groß schien. Was konnten die Mittelmächte dagegen bieten? Einige Landstriche in Süditalien und in Istrien. Das war nichts, was den heiligen Egoismus befriedigte. Die Adria sollte ein italienisches Meer werden, wie in den Zeiten des Römischen Reichs und der venezianischen Republik. Das die Herrschaft der Römer und Venezianer über die Adria nicht aufrecht, sondern auf Gewalt gegründet war, machte den römischen Staatsmännern kein Kopfschmerzen. Auch nicht, daß sich im Ablauf von Jahrhunderten vieles gewandelt hatte. Auf dem dalmatinischen Meer der Adria sahen keine Italiener, sondern Südslawen, deren Nationalbewußtsein im Rahmen der Donaumonarchie merkwürdig stark geworden war. Die Italiener wissen davon zu erzählen, daß die erbitterten nationalen Kämpfe in den Küstengebieten mit Südslawen, nicht mit Deutschen geführt wurden. Und die Italiener wissen auch, daß der Haß der Südslawen gegen die Italiener verlor, weil die Regierung in Rom im Frieden eine heimliche Unterdrückungspolitik gegen die Slawen trieb.

Der Ausgang des Krieges schien den Triumphe des heiligen Egoismus zu sichern. In Triest sollte der Brenner die Grenze bilden, während die Küsten der Adria ganz und ungeteilt Italien zufallen sollten. Indessen hatte sich inzwischen aus den Trümmern der Donaumonarchie das slavische Reich losgelöst. Es meldete seine Ansprüche auf die Adria, verlangte Istrien und Dalmatien mit den wichtigsten Küstenflüssen und Spalato. Da schämte die Piazza in Rom wieder einmal wild auf. Zwar war keine Armee so tief oft geschlagen wie die italienische. Nach dem furchtbaren Zusammenbruch am Piave schien es sogar, als ob Italien aus dem Reiche der kriegführenden Mächte ausscheiden müßte. Vielleicht wäre es besser gewesen, hätte die Oberste Seeresleitung den Sieg damals weiter verfolgt. Aber heute ist daran nicht mehr zu denken. Erst als die Revolution das österreichisch-ungarische Meer zertrümmerte, konnte auch Italien wieder seine Armee regieren. Nun erodet es Siege, weil kein Gegner da war, der die Meer-